

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, FWG, Bündnis 90/Die Grünen¹ zur Stadtverordnetenversammlung am 12.12.2022.

Einrichtung eines Krisenstabs in der Stadt Leun

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Ambrosius,

für die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung bitte ich im Namen der Fraktionen der SPD, FWG, GRÜNE folgenden Tagesordnungspunkt zur Beschlussfassung aufzunehmen:

Antrag/Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Leun beschließt, die Einrichtung eines Krisenstabs bis zum 15.01.2023.

Der Krisenstab ist eine Stabstelle innerhalb der Stadt Leun zum Notfall- und Katastrophenschutz.

Dieser Krisenstab hat die Aufgabe, Maßnahmen und Abläufe festzulegen, um zukünftige Krisen, die auf die Stadt Leun zukommen können, bewältigen zu können.

Dieser Krisenstab soll in Absprache von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung mit fachlich kompetenten und stress-resistenten Vertretern aus Verwaltung und Bevölkerung der Stadt Leun besetzt werden.

Begründung:

Die Ereignisse im Ahrtal, Corona-Pandemie und auch der Ukraine-Krieg haben deutlich gemacht, wie schnell unsere gewohnte Sicherheit hinsichtlich Wohnraums und verfügbarer Energie gefährdet ist und dieses nicht mehr verfügbar sein kann.

Und nicht zuletzt der Bericht des Stadtbrandinspektors vom 14.11.2022 in der Stadtverordnetenversammlung hat deutlich gezeigt, dass Krisen auch in Leun möglich sind und wir einen Plan zur Bewältigung benötigen.

Verantwortlich für die Einrichtung dieses Krisenstabes und auch für die Folgen eines nicht existierenden Krisenstabes ist in erster Linie der Bürgermeister.

¹ Fortan als „GRÜNE“ bezeichnet

Seit der Bürgermeisterdienstversammlung im März 2022, bei der die Verpflichtung der Einrichtung eines solchen Krisenstabs in den Kommunen besonders betont wurde, ist bei uns in der Stadt Leun leider nichts geschehen.

Durch diese Passivität des Bürgermeisters sehen wir eine erhebliche Gefährdung der Leuner Bevölkerung im Krisenfall.

Um dieser Gefahr entgegenzuwirken und aus Verantwortung für unsere Bürger*innen stellen wir diesen Antrag.

Finanzielle Aufwendungen:

Zum Anschub des Krisenstabs und zur Umsetzung der ersten Maßnahmen sollen 15.000 EUR in den Haushalt 2023 eingestellt werden.

Für die Fraktionen

Michael Hofmann/Paul Schmitz